

Rolle wird bei der Lösung offensichtlich die mit dem Verschwinden der Tribute zunächst arbeitslos gewordene Bank für internationale Zahlungen spielen sollen. Man spricht von ihrer Verlegung von Basel nach London. Auch das aber wird nicht ohne Kampf abgehen. Die Aussichten sind also in dieser Beziehung vorläufig noch nicht sehr günstig. Das mag für die Verschiebung der Konferenz bis ins nächste Frühjahr mitsprechen.

Um so wichtiger ist es — das muß auch diesmal wie schon so oft festgestellt werden —, daß innerhalb Deutschlands alles getan wird, um zunächst die eigene Wirtschaft zu sanieren und so weit mit allen Mitteln zu stärken, daß sie bis zur allgemeinen Wendung in der Welt durchhalten und sich dann sofort anschließen kann. Daß die letzten Reichstagswahlen nicht zu den Dingen gehörten, die man als förderlich für die Wirtschaft bezeichnen könnte, braucht nicht wiederholt zu werden. Ihr Ergebnis bedeutet im übrigen eine Besserung der Lage ebenfalls nicht. Zunächst bleibt offenbar noch alles auf den Austrag des politischen Machtkampfes abgestellt. Darauf deutet vor allem hin, daß dem neuen Reichstag an erster Stelle der Entwurf für eine Änderung einiger Verfassungsbestimmungen vorgelegt werden soll. Auf Einzelheiten dieser Dinge einzugehen, ist hier nicht der Ort. Das aber muß gesagt werden, daß, je mehr sich der Kampf darum zuspitzt, um so mehr die allgemeine Unsicherheit und Unübersichtlichkeit der weiteren Entwicklung wächst, was alles gerade die Wirtschaft jetzt am allerwenigsten brauchen und vertragen kann. Schon spricht man überdies von der Möglichkeit eines Personenwechsels an maßgeblicher Stelle. Würde das auch einen Wechsel der Methode und gar des Systems bedeuten? Der Wirtschaft kann das nicht gleichgültig sein, da nicht nur die Frage ungeklärt ist, welche Rolle die Gewerkschaften künftig spielen sollen, sondern auch der Einfluß jenes kleinen, aber gewichtigen Kreises zu beachten ist, der immer wieder mit planwirtschaftlichen Gedanken hervortritt. Es sei hier vor allem auf die unter dem Namen Wagemanns gehenden Pläne einer Konjunkturtheoretisch zu steuernden Währungsreform hingewiesen, hinter denen nicht nur der Präsident des Statistischen Reichsamts und des Konjunkturforschungsinstituts steht. Die bisherige Entwicklung des Kontingentierungsprogramms ist nicht geeignet, das Vertrauen zur Wirtschaftspolitik zu heben und den Glauben an die Festigkeit und Stärke der Regierung zu stützen. Hier offenbarte sich eine sehr schwache Stelle. Es wäre gut, wenn der Zustand des Schwankens und der Unklarheit rasch und endgültig überwunden würde. An sich mehren sich die Anzeichen, daß ein gewisser Aufschwung der Wirtschaft unverkennbar eingeseht hat. Die Warenhäuser melden schon für den September bessere Umsätze. Auch die Reichsbahn weist, was ganz besonders beachtlich ist, einige Verkehrsbelebung und Benutzungssteigerung aus. Der Norddeutsche Lloyd kann eben melden, daß infolge eingetretener Besserung der Lage das erwartete Defizit beträchtlich geringer bleiben dürfte, als Anfang des Jahres berechnet wurde. Daß die Konkurs- und Vergleichsziffern zurückgegangen sind, läßt ebenfalls darauf schließen, daß die Wirtschaft widerstandsfähiger wird. Die Einführung der ersten Steuerscheine an der Börse hat den Erwartungen entsprochen. Die Kurzgestaltung ist nicht ungünstig. Die Ausnutzung der Prämienmöglichkeiten durch Mehreinstellungen bei entsprechendem Lohnabbau zeigt jedoch keinen Fortgang, nachdem die ersten Versuche auf den heftigsten Widerstand der Gewerkschaften gestoßen sind. Hier haben sich die Hoffnungen nicht erfüllt. Von der Auslöschung des Tarifwesens ist es ganz still geworden. Alles das ist noch kein Grund, daran zu verzweifeln, daß die Besserung der Wirtschaftslage sich in weiterem Umfang durchsetzen wird. Es wird aber noch verstärkter Anstrengungen bedürfen, um den toten Punkt zu überwinden. Große Sorge bereiten nach wie vor in erster Linie die Gemeindefinanzen. Die letzten Vorgänge in Köln und Frankfurt beleuchten die Lage mit erschreckender Deutlichkeit. Der Städtetag hat infolgedessen erneut Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen, um Hilfe zu beschaffen. Es wäre unter diesen Umständen doppelt zu begrüßen, wenn die gerade auch aus Ersparnisgründen erforderlichen Änderungen der Verfassung und Verwaltung ohne überspitzte Widerstände rasch durchgeführt und damit alle Kräfte freigemacht und zusammengefaßt werden könn-

ten, um sie in den Dienst der unbedingt nötigen Belebung und Stärkung der Wirtschaft stellen zu können.

Auf buchgewerblichem Gebiet dürften den Buchhandel augenblicklich nicht zuletzt die Vorgänge in der Papierwirtschaft besonders interessieren und berühren. Seit langem gilt die Lage der Papierindustrie als unbefriedigend. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ist eine beträchtliche Überkapazität vorhanden, deren mangelhafte und im Fortschreiten der Krise sich immer mehr verschlechternde Ausnutzung bei der Kapitalintensität der Industrie besonders stark ins Gewicht fällt. Die deutschen Zellstofffabriken wurden nun unter diesen Umständen durch die Pfundabwertung doppelt hart betroffen. Die Stellung der skandinavischen Konkurrenten wurde dadurch übermächtig. Die zunächst erhobene Forderung nach Zollschutz wurde bald fallen gelassen. Aber die Devisenbewirtschaftung wurde in den Dienst des Schutzes der eigenen Interessen gestellt. Darauf gestützt konnte dann eine Erhöhung zunächst der Zellstoffpreise gewagt werden. Es war vorauszu sehen, daß eine Erhöhung auch der Papierpreise folgen würde. Trotz des Widerstandes der papierverarbeitenden Industrie, die noch in der Sitzung des Außenhandelsverbandes der Papierindustrie am 21. Oktober in Berlin eine entsprechende Entschlie-ßung faßte, ist diese Preisheraufsetzung von 5 bis 15 Prozent auch verkündet worden. Wie weit sie sich tatsächlich wird durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Die Münchener Tagung des Vereins der Papierfabrikanten im Juli hat, wie wir seinerzeit hervorhoben, zunächst Rationalisierungsmaßnahmen angeregt, die ohne Preissteigerung die erforderliche Rentabilitätsverbesserung ermöglichen sollten. Die Überkapitalisierung der meisten Betriebe macht das an sich notwendig. Wenn aber jetzt die Kartellierung nur zu erhöhten Preisforderungen ausgenutzt wird, so ist das deswegen besonders zu verurteilen, weil diese nur den Inlandverbraucher treffen. Die Auslandpreise unterliegen dem Druck des Weltmarktes, der bis auf weiteres keine Preissteigerung verträgt. Damit ist aber der inländische Papierverarbeiter doppelt geschädigt, sobald er selber ausführen muß. Das trifft zu einem guten Teil auch den Buchhandel. Wie sehr von gewissen Seiten immer wieder die deutschen Buch- und Zeitschriftenpreise angegriffen werden, ist bekannt. Die Stellung des Verlags demgegenüber wird weiter erschwert, wenn sich das Papier verteuert.

Die Neuproduktion des deutschen Verlags ist in den letzten Wochen merklich lebhafter geworden. Zum erstenmal war im Oktober die Zahl der erstmalig im Börsenblatt angekündigten Neuigkeiten wieder größer als die des gleichen Zeitraums im Vorjahr (Oktober 1932 1492 gegen 1355 Oktober 1931). Gegen 1930 (1907) und 1929 (1778) bleibt sie aber immer noch bedeutend zurück; auch liegt das bisherige Gesamtergebnis des Jahres (8537) um immer noch fast 13% niedriger als 1931 und sogar mehr als 25% niedriger als 1930. Nachdem mit der Weihnachtssonderrnummer der größte Teil der Neuproduktion schon angezeigt ist (wodurch sich das Ergebnis für Oktober erklärt), dürfte sich auch dieses Verhältnis kaum noch wesentlich verschieben. Der schon das letzte Mal festgestellte Preisunterschied hat sich nicht verändert. Die »Preisrevolution im Buchhandel«, die sich darin zu einem Teil mit ausdrückt, beschäftigt, wie bereits früher bemerkt, in zunehmendem Maße auch die nichtbuchhändlerische Öffentlichkeit. Die Frankfurter Zeitung brachte unter dem obigen Stichwort z. B. vor einigen Tagen einen Aufsatz aus offenkundig sachverständiger Feder, der sehr viel Beachtliches zu sagen hatte. Er widersprach u. a. entschieden der noch oft vertretenen Ansicht, daß das ausländische Buch, insbesondere das französische billiger sei als das deutsche. Sehr richtig hatte er vorher schon auf die Auseinanderentwicklung des Buchmarktes hingewiesen, die erst den tieferen Grund zur Entstehung der 2.85-Ausgaben neben der nur zu höheren Preisen herauszubringenden Literatur geschaffen hat. Es gibt eben ein Publikum, das für die letztere in Frage kommt, und ein anderes, das das billige Buch braucht. Auf diese Dinge hat wohl mit zuerst übrigens schon 1911 S. Fischer in sehr gründlichen Ausführungen hingewiesen. Das Unglück ist, daß sich diese beiden verschiedenen Märkte nicht reinlich von einander trennen und vor allem nicht gesondert bearbeiten lassen. Daraus erklärt sich